

Muster Bescheinigung über die Aufenthaltsgestattung - Blattform –



Muster Bescheinigung über die Aufenthaltsgestattung - Klebeetikett –



Aufenthaltsgestattung

Das Grundrecht auf Asyl (Art. 16 a GG) beinhaltet, dass sich Asylsuchende während des Asylverfahrens **vorläufig in Deutschland aufhalten dürfen**. Die **Aufenthaltsgestattung** erfolgt also unmittelbar durch das Grundgesetz. Das AsylVfG formuliert dieses vorläufige Aufenthaltsrecht nur aus (§ 55 I AsylVfG). Der Asylsuchende erhält über die Aufenthaltsgestattung eine **Bescheinigung** (§ 63 I AsylVfG). Die Bescheinigung stellt somit keine Erlaubnis im eigentlichen Sinne dar. Sie hat nur **deklaratorische** Funktion.

§ 55 AsylVfG Aufenthaltsgestattung

(1) Einem Ausländer, der um Asyl nachsucht, ist zur Durchführung des Asylverfahrens der Aufenthalt im Bundesgebiet gestattet (Aufenthaltsgestattung). Er hat keinen Anspruch darauf, sich in einem bestimmten Land oder an einem bestimmten Ort aufzuhalten. Im Falle der unerlaubten Einreise aus einem sicheren Drittstaat (§ 26a) erwirbt der Ausländer die Aufenthaltsgestattung mit der Stellung eines Asylantrages.

§ 56 AsylVfG Räumliche Beschränkung

(1) Die Aufenthaltsgestattung ist räumlich auf den Bezirk der Ausländerbehörde beschränkt, in dem die für die Aufnahme des Ausländers zuständige Aufnahmeeinrichtung liegt. In den Fällen des § 14 Abs. 2 Satz 1 ist die Aufenthaltsgestattung räumlich auf den Bezirk der Ausländerbehörde beschränkt, in dem der Ausländer sich aufhält.

(2) Wenn der Ausländer verpflichtet ist, in dem Bezirk einer anderen Ausländerbehörde Aufenthalt zu nehmen, ist die Aufenthaltsgestattung räumlich auf deren Bezirk beschränkt.

(3) Räumliche Beschränkungen bleiben auch nach Erlöschen der Aufenthaltsgestattung in Kraft bis sie aufgehoben werden. Abweichend von Satz 1 erlöschen räumliche Beschränkungen, wenn der Aufenthalt nach § 25 Abs. 1 Satz 3 oder § 25 Abs. 2 Satz 2 des Aufenthaltsgesetzes als erlaubt gilt oder ein Aufenthaltstitel erteilt wird.